

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

25.2.1931 (No. 47)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. A. Menz, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Anzeigen gelten und veröffentlicht werden können, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversverfahren fällt der Preis der Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsbüro für Baden, Badischer Zentralanwaltsbüro für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Volkstrauertag 1931

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß am 1. März d. J. anlässlich des Volkstrauertages die öffentlichen Gebäude halbtag zu beflaggen haben.

**Wiedereröffnung des Landesbades in B. Baden**  
Die Wiedereröffnung des Landesbades ist auf Dienstag, den 3. März 1931, festgesetzt worden.

### Letzte Nachrichten

#### Die Agrardebatte im Reichstag

BR. Berlin, 25. Febr. (Tel.) Im Reichstag wird heute nachmittags um 3 Uhr die Aussprache über den Haushaltsplan des Ernährungsministeriums fortgesetzt. Es ist möglich, daß die Beratung heute schon abgeschlossen wird, da alle diese Fragen doch noch einmal eingehend besprochen werden müssen, wenn die entsprechenden Vorschläge der Regierung dem Reichstag zugehen sind.

#### Sozialdemokratie und Wehretat

BR. Berlin, 25. Febr. (Tel.) Am Freitag wird im Haushaltsausschuß voraussichtlich die Beratung des Wehretats beginnen. Die Sozialdemokratische Fraktion, die angesichts der Abwesenheit der Reichsparteien eine entscheidende Stellung einnimmt, hat sich schon am Dienstagabend mit ihrer Haltung beschäftigt, ist aber noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gelangt. In parlamentarischen Kreisen ist man der Auffassung, daß man bei der Sozialdemokratie gegenwärtig bestrebt ist, Schwierigkeiten für die Regierung zu vermeiden. Symptomatisch dafür war auch die Haltung, die die Sozialdemokraten am Dienstagabend bei der Ablehnung des kommunistischen Remarque-Antrags eingenommen haben. Es gilt als durchaus wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten sich bei der Beratung des Wehretats auf kleinere Streichungsanträge, die bei allen gestellt und angenommen werden, beschränken und auf die Einbringung eines umfangreichen Streichungsprogramms verzichten werden. Auch Preußen hat beabsichtigt im Reichstag in diesem Jahre, um alle Schwierigkeiten zu vermeiden, von der Wiederholung seiner Streichungsanträge abgesehen.

#### Kein Besuch des Reichskanzlers in Wien

BR. Berlin, 25. Febr. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird Reichskanzler Dr. Brüning von dem angelegten Besuch in Wien mit Rücksicht auf die schwebenden innerpolitischen Fragen abstrahieren. Dagegen wird Reichsaußenminister Dr. Curtius die Reise programmäßig durchführen. In seiner Begleitung wird sich Staatssekretär Dr. Kubler mit nach Wien begeben.

#### Die Reichstagsausschüsse

##### Morgen Auswärtiger Ausschuß

BR. Berlin, 25. Febr. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuß, dessen ordentlicher Vorsitzender der nationalsozialistische Abg. Dr. Frick ist, ist jetzt zum erstenmal von dem stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Scheidemann (Sozdem.) für Donnerstag einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen einige internationale Verträge, so der Handelsvertrag mit Irland, der Schiedsgerichtsvertrag mit Australien, das Luftverkehrsabkommen mit England, das Abkommen über die deutsch-belgische Grenze und der Vertrag mit Österreich über Sozialversicherung.

Auch der Steuerauschuß ist bereits für Donnerstag einberufen, um den kommunistischen Antrag über die Millionärsteuer zu beraten. Gleichzeitig stehen sozialdemokratische Anträge über Steuerzuschläge für Aufsichtsratsmitglieder und Zuschläge zur Einkommensteuer zur Beratung. Endlich tagt am Donnerstag der soziale Ausschuß, um den kommunistischen Antrag wegen des Berwerksungslöses auf der Grube Schwelger Referat zu behandeln. Dieser Antrag muß, soweit die Bewilligung von Mitteln beantragt wird, außerdem noch den Haushaltsausschuß beschäftigen.

#### Spaltung in der englischen Arbeiterpartei

**Zwei Anhänger Sir Oswald Mosleys ausgetreten**  
BR. London, 25. Febr. (Tel.) Entgegen den Erwartungen ist Sir Oswald Mosley zur gestern abend abgehaltenen beratenden Zusammenkunft der Arbeiterpartei nicht gekommen. Er hat der Partei auch keine Austrittserklärung übermittelt. Dagegen erklären zwei seiner Anhänger in einem Brief an den Premierminister ihren Austritt aus der parlamentarischen Arbeiterpartei. Der eine schreibt, die Handlungen der Regierung ständen in direktem Widerspruch zu den Erwartungen der Wählerschaft, auf Grund derer er ein Mandat erhalten habe, der andere beklagt sich über die „autokratische Haltung des Kabinetts“, das seinen Versuch unternahme, den nationalen Wiederaufbau maßgebend zu bestimmen.

Frau Geheimrat Krupp f. Frau Geheimrat F. A. Krupp, Ehrenbürgerin der Stadt Essen, ist Dienstag nachmittag im Alter von fast 77 Jahren plötzlich gestorben.

### Baden im neuen Reichswahlgesetz

Von August Albert, Karlsruhe

Das Land Baden bildet nach dem nunmehr im Reichsrat angenommenen Wahlgesetz dem Reichsinnenministeriums Dr. Wirth einen Wahlkreisverband Baden mit folgenden sechs Wahlkreisen:

- 140 Konstanz, umfassend die Amtsbezirke Konstanz, Überlingen, Pfunddorf, Wehrle, Stöckach, Engen, Donaueschingen, Willingen, Badstätt, Säckingen;
- 141 Freiburg mit den Amtsbezirken Freiburg, Neustadt, Vörsach, Schopfheim, Müllheim, Staufen, Waldkirch, Emmendingen;
- 142 Offenburg mit den Amtsbezirken Offenburg, Wolfach, Bah, Oberkirch, Rehl, Bühl, Haslach;
- 143 Karlsruhe mit den Amtsbezirken Karlsruhe, Ettlingen, Pforzheim, Bretten;
- 144 Mannheim mit den Amtsbezirken Mannheim und Bruchsal;
- 145 Heidelberg mit den Amtsbezirken Heidelberg, Weinheim, Wiesloch, Sinsheim, Mosbach, Buchen, Weisheim, Laubersheim, Wertheim.

Setzt man diese Neueinteilung zugrunde, so ergibt sich nach den Resultaten der Reichstagswahl vom 14. September 1930 hinsichtlich der Bevölkerungszahl, jener der Stimmberechtigten und den Stimmziffern der einzelnen Parteien folgendes Bild:

Wahlkreis	Wohnbevölkerung am 16. 7. 1925	Stimm-berechtigte	Abgegebene Stimmen	Sozial-demokraten	Deutsch-nationale	Zentrum	Kommunisten	Einheitsliste
Konstanz . . . .	368 556	227 408	169 069	20 034	3 967	75 648	13 785	20 605
Freiburg . . . .	385 980	269 107	193 527	31 332	6 835	67 062	14 701	19 568
Offenburg . . . .	363 980	261 517	186 916	26 009	3 505	72 828	10 780	14 873
Karlsruhe . . . .	404 013	281 105	217 050	55 426	9 458	29 679	21 998	21 451
Mannheim . . . .	402 459	279 259	210 953	50 507	2 698	43 261	37 349	23 427
Heidelberg . . . .	387 593	251 513	200 058	27 241	6 125	63 256	14 362	14 808
Land Baden . . .	2 312 581	1 569 909	1 177 973	210 549	32 688	351 734	112 975	114 732

Wahlkreis	Wirtschaftspartei	Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei	Badische Bauernpartei	Volkrechtspartei	Deutsche Bauernpartei	Konservative Volkspartei	Evang. Volksdienst Partei	Kölnpartei	Land- und Grundbesitzerpartei
Konstanz . . . .	4 411	17 528	5 517	2 214	464	630	4 063	30	173
Freiburg . . . .	6 930	31 174	3 472	1 378	603	1 070	9 058	25	229
Offenburg . . . .	5 933	43 414	808	1 278	228	647	5 962	26	165
Karlsruhe . . . .	7 635	51 338	1 095	2 521	135	1 288	13 700	30	206
Mannheim . . . .	7 198	33 827	1 138	1 515	151	871	8 848	53	200
Heidelberg . . . .	1 762	49 384	4 713	2 858	320	902	15 192	30	105
Land Baden . . .	33 869	226 665	16 743	11 664	1 901	5 398	57 823	194	1 078

Die — in Baden nicht besonders bedeutende — Ungleichheit der Wahlkreise hinsichtlich Bevölkerungszahl und Stimmberechtigten (der Wirthsche Gesetzesentwurf sieht Wahlkreise mit durchschnittlich 385 000 Einwohnern und 255 000 Stimmberechtigten vor) rührt daher, daß bei der Wahlkreiseinteilung auch die politische Verwaltungsgliederung zu berücksichtigen war.

Auf 75 000 Stimmen entfällt je ein Mandat. In den einzelnen Wahlverbänden gelten die Stimmzettel, die durch die gleiche Parteibezeichnung miteinander verbunden sind. Die Zahl der Stimmen, die eine Bewerbergruppe im ganzen Verband — also in Baden — erhalten hat, werden ihr zugewiesen. Die Zahl der Sitze für eine Partei ergibt sich dadurch, daß die Gesamtzahl der im Verband abgegebenen Stimmen für eine Bewerbergruppe durch 75 000 geteilt wird. Die Parteistimmen werden auf die Bewerber nach dem sogenannten des Hondtschen Verfahrens verteilt, d. h. innerhalb eines Verbandes werden die einzelnen Stimmzettel der Bewerbergruppe nach Maßgabe ihres Wahlerfolges in den verschiedenen Wahlkreisen berücksichtigt. Von besonderer Bedeutung ist, daß nach dem neuen Entwurf jeder Wahlkreis wieder seine eigenen Kandidaten aufstellt, während sie bisher für das ganze Land aufgestellt worden sind.

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom Jahre 1930 ist unter Zugrundelegung des obigen Verteilungsmodus für Baden das Bild folgendes:

- Sozialdemokratie: 2 Mandate, 60 549 Reststimmen;
- Zentrum: 4 Mandate, 51 734 Reststimmen;
- Kommunisten: 1 Mandat, 37 965 Reststimmen;
- Einheitsliste: 1 Mandat, 39 732 Reststimmen;
- Nationalsozialisten: 1 Mandat, 1655 Reststimmen.

Von den übrigen Parteien, die 1930 als Bewerber auftraten, den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Badischen Bauernpartei, Volkrechtspartei, Deutschen Bauernpartei, Konservativen Reichspartei, Evangelischer Volksdienst, Kölnpartei, Haus- und Grundbesitzerpartei, wurde keine ein Mandat erhalten. Die Gesamtsumme der auf diese Parteien entfallenden Stimmen betrug am 14. September 1930 insgesamt 161 828. Sie würden nach dem neuen Wahlgesetzentwurf restlos verloren sein. Vielleicht regt diese Feststellung die Wähler der Splitterparteien zu einem Nachdenken an.

Nach den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen 1 177 973 gültigen Stimmen müßten bei der Teilungszahl 75 000 für ein Reichstagsmandat auf Baden 15 Mandate entfallen. In Wirklichkeit wären es aber nur 9 Mandate. Nun würde aber Baden zusammen mit Württemberg den Länderverband Südwestdeutschland bilden, wo die Reststimmen noch zur Verrechnung gelangen, allerdings nur für jene Parteien, die innerhalb eines Wahlkreisverbandes ein Mandat errungen haben. Dabei kommt das Mandat in jenen Wahlkreisverband, wo die in Frage kommende Bewerbergruppe die höhere Gesamtstimmzahl aufzuweisen hat. Danach erhielten die Sozialdemokraten, Kommunisten und die Einheitsliste in Württemberg mit Hilfe der badischen Reststimmen noch je ein

Mandat. Obwohl die Deutschnationalen im Länderverband Südwestdeutschland zusammen 87 890 Stimmen aufbrachten, bekämen sie nirgends ein Mandat. Beim badisch-württembergischen Zentrum betrügen die Reststimmen zusammen 56 059, ein Ansporn, den Rest von 18 941 Stimmen aufzuholen, und damit ein weiteres Mandat zu gewinnen. Bei den Nationalsozialisten blieben 58 338 Reststimmen unverwertet. Der Evangelische Volksdienst hat in beiden Ländern 74 425 Stimmen aufgebracht, die verloren wären, da es ihm weder in Baden noch in Württemberg zu einem Mandat reichte. Auch diese Feststellungen mögen zum Nachdenken anregen, daß alle die Stimmen verloren sind, die den Splitterparteien gegeben werden, wenn der neue Entwurf Gesetz wird. Das ist ja auch sein Zweck, der politischen Zersplitterung ein Ende zu bereiten, und damit klare Mehrheitsverhältnisse im Reichstag zu schaffen.

Bei den Sozialdemokraten würde das erste Mandat mit 55 426 Stimmen auf den Wahlkreis Karlsruhe, das zweite mit 50 507 Stimmen auf den Wahlkreis Mannheim entfallen, beim Zentrum das erste mit 75 648 Stimmen auf den Wahlkreis Konstanz, das zweite mit 72 828 Stimmen auf den Wahlkreis Offenburg, das dritte mit 63 256 Stimmen auf den Wahlkreis Heidelberg, das vierte mit 43 261 Stimmen auf den Wahlkreis Mannheim. Bei den Kommunisten entfielen das erste Mandat auf den Wahlkreis Mannheim mit 37 349 Stimmen, bei der Einheitsliste auf den Wahlkreis Mannheim mit 23 427 Stimmen, bei den Nationalsozialisten das erste auf den Wahlkreis Karlsruhe mit 51 338 Stimmen, das zweite auf den Wahlkreis Offenburg mit 43 414 Stimmen, das dritte auf den Wahlkreis Mannheim mit 33 827 Stimmen.

In der Ländergruppe Südwestdeutschland (Baden-Württemberg-Hohenzollern) würde nach den Ergebnissen der Reichstagswahl 1930, entsprechend dem neuen Wahlgesetzentwurf, also folgende Mandatsverteilung stattfinden:

- Sozialdemokratie: 6 Mandate, Reststimmen 48 890 (1 Reststimmenmandat für Württemberg);
- Zentrum: 8 Mandate, Reststimmen 56 059 (1 Reststimmenmandat für Württemberg);
- Einheitsliste: 3 Mandate, Reststimmen 26 513 (1 Reststimmenmandat für Württemberg);
- Kommunisten: 3 Mandate, Reststimmen 19 710 (1 Reststimmenmandat für Württemberg);
- Nationalsozialisten: 4 Mandate, Reststimmen 58 338;
- Evangelischer Volksdienst: 1 Mandat, Reststimmen 74 425.

Da der Gesetzesentwurf das Schwergewicht auf starke Parteien und parteipolitische Konzentration legt, soll innerhalb der Ländergruppen ein Ausgleich nur insoweit zustande kommen, als die Parteien Sitze im Wahlkreisverband errungen haben. Eine weitere Verrechnung von Reststimmen über eine Ländergruppe hinaus würde die örtliche Verbundenheit zwischen Wählern und Abgeordneten aufheben und der Grundforderung der Wahlreform, der Parteizersplitterung vorzubeugen, widersprechen.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Goesch, ist heute Mittwoch, vormittag zu Besprechungen mit der Regierung in Berlin eingetroffen. Dazu wird gemeldet, daß es sich um einen der üblichen Besuche des Botschafters in der Heimat handelt. v. Goesch wird bei dieser Gelegenheit auch dem Auswärtigen Amt einen Besuch abstatten.

Der schweizerische Bundesrat hat das Bauprogramm und den Kostenvorschlag für die internationale Abrechnung im Jahre 1931 festgestellt. Der Kostenvorschlag beläuft sich auf 455 804 Schweizer Franken.

## Englisch-französische Einigung über die Flottenstärke

Die Verhandlungen zwischen dem französischen und britischen Sachverständigen über die Flottenfrage endete am Dienstag, wie mitgeteilt wird, damit, daß eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sei unter der Bedingung, daß Italien dem Abkommen zustimme. Die englischen Minister verließen abends Paris, um sich nach Rom zu begeben. Der Wortlaut des Abkommens soll bis zur Billigung durch die italienische Regierung geheim bleiben.

### Aus dem Inhalt der Vereinbarungen

Die Vereinbarungen beziehen sich auf die Begrenzung der französischen Flotte (ungefähr 830 Tonnern) und auf die Verteilung der Frankreich zuzurechnenden Tonnage auf die verschiedenen Schiffsklassen. Ferner hätten die englischen und französischen Minister beschlossen, daß die französische Flotte der italienischen Flotte gegenüber eine Überlegenheit von etwa 157 000 Tonnern behalten solle, auf jeden Fall bis zum Jahre 1936. Die britischen Minister hätten den Vorschlag Frankreichs auf Einfügung einer Italien bezüglichen Sicherheitsklausel im dritten Teil des Londoner Flottenabkommens abgelehnt.

Zu dem grundsätzlichen Einverständnis müßte die italienische Regierung noch ihre Zustimmung geben. Es habe sich darum gehandelt, einen Abstand zwischen den italienischen und französischen Flotten zu finden, der England zufriedenstelle und für Italien annehmbar sei. Dieser Abstand sei festgelegt in einer Weise, die die Bedürfnisse der Verteidigung Frankreichs sicherstelle. Die französische Flotte würde durch Festlegung einer Tonnagegrenze der französischen kleinen Kreuzer ausgeglichen. Die Verständigung sei nicht mehr mit einer für diplomatische Verhandlungen seltenen Raschheit erzielt worden, sondern die englischen Unterhändler hätten auch eine großzügige Auffassung gegenüber den großen internationalen Problemen bewiesen, die ihrem Urteil Ehre mache.

### Was sagt Italien?

Der Pariser Korrespondent der „Times“ betont, daß in Paris keine starre und abhängige Vereinbarung getroffen worden ist, der gegenüber Italien nur die Wahl zwischen Annahme und Ablehnung habe. „Morning Post“ erklärt: Frankreich habe statt einer Überlegenheit von 240 000 Tonnern gegenüber Italien nur eine solche von 157 000 Tonnern zu fordern. Aber dieses Opfer von 83 000 Tonnern sei quantitativ, da es durch die Aufgabe veralteter Fahrzeuge erreicht werde. Auch auf dem Gebiete der U-Boote sei das französische Zugeständnis mehr scheinbar als wirklich, denn, während die französische Öffentlichkeit in den U-Booten ein verhältnismäßig billiges Rüstverteidigungsmittel erblickt, hören sich von maßgebender Seite, daß die technischen Sachverständigen anderer Meinung sind. Große U-Boote von ungefähr 1500 Tonnern seien nur in den dunklen Gewässern des Nordens verwendbar, während sie in der klaren See des Südens von der Luft aus leicht entdeckt werden können.

### Die Lyoner Mustermesse

Deutschland an der Spitze der ausländischen Aussteller. Lyon, 25. Febr. (Priv.-Tel.) Auf der vom Montag, den 2. März, bis einschließlich Sonntag, den 15. März, stattfindenden internationalen Lyoner Messe nehmen unter den ausländischen Ausstellern die Deutschen, wie bereits im vergangenen Jahre, wieder den breitesten Raum ein. Diese Entwicklung zeigt deutlich die starke Ausfuhr nach Frankreich. Textilmaschinen aller Art, Werkzeugmaschinen, Druckereimaschinen, Spielwaren, Christbaumschmuck, Keramik, Glas- und Kristallwaren, sanitäre Apparate, Bijouterien usw. sind die Hauptgegenstände der deutschen Beteiligung.

### Sir Eric Drummond über seine Südamerikareise

Der von seiner Südamerikareise zurückgekehrte Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, gab den Vertretern der internationalen Presse eine Darstellung des Verlaufes und des Ergebnisses seines Aufenthaltes in den südamerikanischen Staaten. Bei seinem Aufenthalt in Südamerika habe er, so führte er u. a. aus, überall feststellen können, daß sämtliche Staaten von der wirtschaftlichen Depression schwer in Mitleidenhaft gezogen werden, vielleicht in noch größerem Ausmaß, als es in den europäischen Staaten der Fall sei. Infolge der Wirtschaftsdpression sei das Gefühl der Unsicherheit in Südamerika so stark, daß ihm häufig die Frage gestellt worden sei, ob nicht in naher Zukunft mit dem Ausbruch eines neuen Krieges in Europa zu rechnen sei. Demgegenüber habe er immer darauf hingewiesen, daß erst kürzlich in dem Manifest der Europakommision des Völkerbundes der allgemeine Friedenswille der europäischen Staaten zum Ausdruck gekommen sei und daß er deswegen einen Krieg nicht für wahrscheinlich halte.

### Kurze Nachrichten

Zehn-Millionen-Besthilfe gesichert. Wie die „Neue Pfalz, Landeszeitung“ meldet, hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Esser, erklärt, daß er bereit sei, bei der dritten Lesung des Kriegsschuldenlastenetzes eine im Sinne der Wünsche des Abg. Hofmann-Ludwigshafen befindliche Erklärung abzugeben. Damit wären die in letzter Zeit heftig umstrittenen 10 Millionen im außerordentlichen Etat zur Besthilfe gesichert.

Strassenbahnerstreik im Wuppertal. Die Belegschaft der Warmer Strassen- und Bergbahnen im Wuppertal hat beschlossen, in den Streit zu treten. Der Streit hat heute begonnen. Die Strassenbahner lehnen den Dortmund-Schiedspruch ab, der eine 5-prozentige Lohnkürzung vorsieht, und verlangen dafür Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Wiedereinstellung von Arbeitslosen.

Die Hüttenwerke in Hannover. Die am Tarifvertrag für das Peiner Walzwerk und die Albeder Hütte beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben einen Vorvertrag zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten abgeschlossen und werden unverzüglich in Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrags eintreten. Mit sofortiger Wirkung werden sämtliche Kampfhandlungen eingestellt. Die Wiederaufnahme der Betriebe soll möglichst umgehend erfolgen.

Gemeinsamer Theaterbetrieb zwischen Heidelberg und Heilbronn? In Heilbronn fand vor einigen Tagen eine Theaterdebatte in der Stadtbezirksratversammlung (Gemeinderat) statt, wobei man sich mit dem Vorschlag zu befassen hatte, für die laufende Spielzeit außer den bereits genehmigten 77 000 Reichsmark Zuschuß weitere 30 000 Reichsmark zu bewilligen, wovon schließlich vorläufig 15 000 Reichsmark bewilligt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Debatte die Frage kurz erörtert, ob man sich nicht überlegen solle, mit Heidelberg zusammen einen gemeinsamen Theaterbetrieb zu führen. Es wurde aber keinerlei Beschluß gefaßt.

## Das Agrarprogramm im Reichstag

### Die Rede des Reichsernährungsministers

Der Reichstags-Sitzung am Dienstag, die um 3 Uhr begann, blieben Deutschnationale und Nationalsozialisten wieder fern. Ein Einspruch von vier nationalsozialistischen Abgeordneten wegen ihrer Ausweisung aus einer früheren Sitzung wurde einstimmig zurückgewiesen. Die Novelle zum Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt wird debattellos in dritter Beratung angenommen. Der Verfassungssatz, der die Einnahmen des Rechnungshofes und des Reichsparlamentarischen Ausschusses für die Jahre 1931/32 bis 1933/34 auf 100 Millionen festsetzt, wird genehmigt. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung von Ruhegehältern für Offiziere der alten Wehrmacht und der Ehrengehältern für Inhaber militärischer Orden und der für Renten aller Art ausgesetzten Beträge dementsprechend zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Bei der ersten Beratung des kommunistischen Antrages auf Einführung einer Millionärsteuer wurde der Antrag dem Ausschuss überwiesen. Es folgt die Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft, die von Dr. Schiele mit einer großen Rede eingeleitet wurde.

Nach einer Begründung für die im Agrarprogramm der Regierung vorgesehenen Maßnahmen, die zollpolitisch bei der Butter an dem Ermäßigungsprinzip festhalten und dieses Prinzip auch für den Getreidebau beizubehalten, setzte sich Schiele — wiederholt durch Beifallsfundebungen unterbrochen — mit den Angriffen auseinander, die besonders aus dem Lager der äußersten Rechten gegen ihn gerichtet worden sind. Er betonte, daß die Regierung, unbeirrt von falschen verstandenen Konventionen und parteipolitisch übertriebenen Agrarradikalismen, für den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft wirke. Er verzehe die schwarzen Färbungen der Verzweiflung und Empörung als schwere Krankheitssymptome der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Er werde seinen Platz solange behaupten, wie er überzeugt sei, hier am besten der deutschen Landwirtschaft und dem Vaterlande zu dienen.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede wurde Minister Schiele von Abgeordneten des Landvolkes und des Bayerischen Bauernbundes beglückwünscht.

Das Kernstück der Rede war die Forderung nach einer generellen Ermäßigung, in deren Rahmen auch die notwendigen zollpolitischen Maßnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt werden sollen. — Wie wir erfahren, dürfte der Entwurf dieses Ermäßigungsgesetzes dem Reichsrat schon in den nächsten Tagen zugehen. Es wird voraussichtlich nur aus zwei Paragraphen bestehen und außer den zollpolitischen Ermäßigungen auch noch solche handels- und wirtschaftspolitischer Art enthalten. Praktisch bedeutet das Ermäßigungsgesetz, daß die Entscheidung über die Butter- und Käsefrage, über die am Montag im Kabinett eine Einigung nicht zu erzielen war, auf später vertagt ist.

In der Aussprache sprach sich der sozialdemokratische Abg. Tempel, ein niedersächsischer Landwirt, durchaus zustimmend zu der von Schiele und seinem Vorgänger verfolgten Politik des Hilfsvertrages für die Landwirtschaft aus, wenn er auch Einzelheiten des Agrarprogramms ablehnte und davor warnte, durch eine Zollüberhöhung Deutschland zum Welthandelskrieg zu treiben.

Die weiteren Redner der Sitzung, die Abg. Blum (Centr.), Dr. Schlittenbauer (Bahr. Vp.) und Meyer-Hannover (D. Hannov.) sprachen dem Minister das Vertrauen ihrer Parteien aus. Alle Redner wandten sich mit großer Schärfe gegen die regierungsfeindliche Haltung bestimmter Führer der landwirtschaftlichen Organisationen und vor allem gegen die Deutschnationalen, denen sie vorwarfen, daß sie durch ihre Abstinenzpolitik das Hilfswort für die Landwirtschaft sabotierten.

Am heutigen Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Entgegen anderslautenden Nachrichten hat die Reichsregierung bisher mit den Sozialdemokraten noch nicht über die Agrargesetzgebung verhandelt. Es herrscht aber der Eindruck vor, daß die Verabschiedung des Wehr-, des Ernährungs- und des Sozialgesetzes kaum noch ernstlichen Schwierigkeiten begegnen wird. Dies sind die kritischsten Gesetze. Sind sie gesichert, so dürfte auch die Verabschiedung des Gesamthaushalts glatt von statten gehen. Zunächst wird es aber wohl noch weiterer Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Sozialdemokraten bedürfen, um in allen Fragen eine Verständigung herbeizuführen.

### Die Arbeitsmarktlage im Reich

#### Weiter rund 5 Millionen Arbeitslose

Die den Verlauf der Arbeitslosigkeit kennzeichnenden Zahlen, die im Vorjahr Ende Februar ihren Höchststand erreicht haben, sind nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Hälfte dieses Monats in einer weit flacheren Kurve gestiegen als in den vorangegangenen Wintermonaten. Dies gilt sowohl für den Ausschnitt aus dem Arbeitsmarkt, der durch die Statistik der Unterfürsorgeeinrichtungen erfasst wird, wie für den Arbeitsmarkt im ganzen. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Berichtsjahr noch um rund 155 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen hatte, ist bis zum 15. Februar nur noch um rund 48 000 auf rund 2 602 000 (gegen 2 318 000 im Vorjahr) gestiegen. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtage rund 861 000 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 811 000 am 31. Januar gezählt.

Von den verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Februar bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, waren rund 4 991 000 an diesem Stichtage arbeitslos. Das Ansteigen dieser Zahl um rund 106 000 gegenüber dem 31. Januar fällt zum größeren Teil den Saisonaußenberufen zur Last. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung entwickelte sich in den einzelnen Landesarbeitsämtern nicht gleichmäßig. Stärker als im Durchschnitt der 13 Landesarbeitsämter war die Zunahme in den Bezirken Südwestdeutschland, Schlesien, Pommern, Nordmark, Niedersachsen und Hessen, geringer in Ostpreußen, Brandenburg, Rheinland und Bayern.

Die Unterscheidung zwischen saisonmäßigen und konjunkturellen Einflüssen auf dem Arbeitsmarkt ist auch für den vorliegenden Berichtsjahr außerordentlich schwer. Im ganzen hielt der Rückgang der Beschäftigung an.

### Der Reichsverband der deutschen Industrie und das Arbeitslosenproblem

Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich u. a. mit der Arbeitslosenfrage. Nach einem Referat des Reichsarbeitsministers Stegerwald wurde in eingehender Aussprache ein geschlossener Zwang zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit einstimmig abgelehnt. Zur Begründung dieses Standpunktes wurde ausgeführt, daß eine schematische und generelle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein genügendes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sei, eine derartige Maßnahme im Gegenteil in ihren Folgen die Arbeitslosigkeit aus Gründen, die der Öffentlichkeit wiederholt dargelegt seien, nur vergrößern würde.

## Seereschiffe in der französischen Kammer

### Maginot gegen Abrüstung

Zur Fortsetzung der Kammerberatung über das Seereschiffgesetz wie am Dienstag ein sozialistischer Abgeordneter darauf hin, daß in dem vorliegenden Budgetentwurf für das Kriegsministerium nichts von der Zustimmung der französischen Delegierten in Genf zu einer Rüstungsberatung zu merken sei. Der sozialistische Abgeordnete Spinasse, der am Sonntag in Frankfurt gesprochen hatte, erklärte auf eine Frage eines Abgeordneten der Gruppe Marin, was man in Deutschland zur Abrüstung denke, er habe dort 31 000 junge Leute gesehen, die entschlossen seien, den Frieden zu verteidigen. Er sei zu der Erkenntnis gekommen, daß die reichstehenden Klassen in Deutschland und in Frankreich nicht die Wahrheit sagen würden.

Darauf ergriff Kriegsminister Maginot das Wort. Er erklärte, daß Frankreich seine Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt habe. 1913 hätte es 810 000 Soldaten gehabt, 1930 einschließlich der Offiziere nur 522 000 Mann. Angesichts des großen Kolonialreiches würden zur Verteidigung des Heimatbodens nur 317 000 Mann zur Verfügung. Auf die Klauseln des Versailler Vertrages, durch die die deutschen Rüstungsbeschränkungen festgelegt würden, könne nicht verzichtet werden, und wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen würde, wäre Frankreich genötigt, seine Bewaffnung heraufzusetzen. Man dürfe nicht sagen, daß alle Nationen auf den Fuß der Gleichberechtigung gestellt werden müßten. Wenn man die Kriegsgefahr zum Verschwinden bringen wolle, sei es nur gerecht, daß der früheren Angreifern die strengsten Beschränkungen auferlegt würden und daß Nationen, die nicht angegriffen hätten, nicht dulden dürften, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages in Frage gestellt würden. Unter diesen Vorbehalten würde Frankreich alles tun, was von ihm abhängt, damit die nächste Abrüstungskonferenz zu einer Verständigung gelangen könne.

Der nächste Redner, der radikale Abgeordnete Daladier, berechnete — ebenso wie Briand auf der letzten Völkerbundversammlung — die Effektive der französischen Seereschiffe auf 556 000 Mann. Frankreich habe im ganzen jetzt 143 Divisionsgeneräle, und keine Armee Europas hätte einen so beträchtlichen Effektivebestand wie das französische Heer. Eine Abänderung der Militärorganisation sei daher notwendig.

### Eine Arbeitslosen-debatte

Am Schluß der Dienstagmorgenberatung der französischen Kammer äußerte sich Ministerpräsident Laval zu einem Antrag der Sozialisten, den Kredit für die Arbeitslosen auf 100 Millionen zu erhöhen. Er versprach, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, wenn Kammer und Senat den Wirtschaftspläne angenommen hätten. Der sozialistische Antrag wurde schließlich mit 285 gegen 288 Stimmen von der Kammer angenommen. Zwei weitere Änderungsanträge über die Verteilung der Unterstützung wurden mit Billigung der Regierung gleichfalls angenommen. — Die Finanzkommission der Kammer hatte ursprünglich den Kredit auf 25 Millionen Franken festgelegt.

### Alarmbereitschaft in Warschau

Warschau, 25. Febr. (Tel.) Die Polizei ist aus Anlaß der für den heutigen „Hungertag“ von den Kommunisten angekündigten Straßendemonstrationen in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, um evtl. Ausschreitungen zu verhindern. In Jawiercie (südwestliches Kongresspolen) wurde eine kommunistische Geheimdruckerei ausgehoben, in der Propagandamaterial für den heutigen Tag gedruckt wurde.

### Eigene Regierung in Südpeter

Lima, 24. Febr. (Associated Press.) (Tel.) Die Ausführenden im Süden von Peru haben eine eigene Regierung, die „Junta des Südens“ gebildet. Die in Cuzco stehenden Truppen haben sich dieser Regierung angeschlossen.

### Wieder ein Anschlag auf den Präsidenten von Kuba

Havana, 25. Febr. (Tel.) Präsident Machado, auf den, wie gemeldet, vor zwei Tagen ein Bombenattentat verübt wurde, ist soden einem neuen Anschlag glücklich entkommen. Im neuen Kapitel verjügte ein junger Mann den Präsidenten, als dieser gerade eine Rede hielt, zu erschließen. Es gelang der Polizei, im letzten Augenblick den jungen Mann mit dem Revolver in der Hand festzunehmen. Der Vorfall verursachte bei den Anwesenden große Erregung. Der Präsident, der seine Ruhe vollkommen bewahrt hatte, führte seine Rede jedoch ohne Unterbrechung zu Ende.

Wegen des Bombenattentats vor zwei Tagen sind 20 Personen, die im Verdacht stehen, irgendwie an der Tat beteiligt zu sein, verhaftet worden.

### Aleine Chronik

In Worms begann der Prozeß wegen des Zusammenbruchs der Wormser Volksbank G.m.b.H. Angeklagt ist der Direktor Johann Georg Roth.

Im Palais des Reichspräsidenten in Berlin verjügte am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr ein Mann sich mit einer Revolverkugel zu erschließen. Er konnte von einem Kriminalbeamten an der Tat verhindert und festgenommen werden. Es handelt sich um einen Handlungsgehilfen namens Alois Woll, der nach ärztlicher Untersuchung als nicht geisteskrank erachtet wurde.

Der Bankier Babel ist in Sirlsberg (Schlesien) wegen Vergehens gegen das Depotgesetz zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hielt ihn für schuldig, in mehreren Fällen Wertpapiere, die er von Kunden zur Aufbewahrung erhalten hatte, ohne Bezeichnung aus fremdem Eigentum bei Großbanken in Verwahrung gegeben zu haben, so daß die Großbanken dann in der Lage waren, diese fremden Wertpapiere als Aktiva des Babelschen Kapitals zu beschlagnehmen.

Vor dem Schwurgericht Prenzlau begann der Prozeß gegen Ernst Labewig aus Berlin wegen Transportgefährdung. Labewig hatte am 20. November v. J. versucht, den von Berlin nach Schweden fahrenden D-Bus zur Entgleisung zu bringen. Er hat die Tat auch eingestanden.

Wie aus Laon gemeldet wird, hat ein von dem deutschen Flieger Peter von Hofmann geführtes deutsches Verkehrsflugzeug, das am Dienstag um 10.10 Uhr, vom Flugplatz Le Bourget abflog, wegen einer Motorpanne bei Clacy landen müssen. Das Flugzeug wurde stark beschädigt. Die vier Passagiere blieben unversehrt.



